

UNION

in Deutschland

INFORMATIONSDIENST

der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union

Kompromiß in Luxemburg

Verhandlungsgeschick von Außenminister Schröder – die Arbeit geht weiter

Die zweite Runde der EWG-Beratungen in Luxemburg ist vorüber. Sie endet, wie bereits ausführlich in den Tageszeitungen berichtet, mit einem Kompromiß – wenn auch die Gefahr zukünftiger Meinungsverschiedenheiten keineswegs beseitigt erscheint. Die deutsche Delegation hat in Luxemburg die Linie eingehalten, zu der sie vom Parlament ermächtigt worden war.

Wie bereits in den Ausgaben 3 und 4/1966 dieses Informationsdienstes berichtet, ging es in Luxemburg, als zum erstenmal nach fast sieben Monaten die sechs Partner der EWG wieder an einem Verhandlungstisch saßen, im wesentlichen um zwei Fragen: Das Mehrheitsstimmrecht und die Abgrenzung der Aufgaben zwischen der EWG-Kommission und dem Ministerrat. Beiden Problemen hat man durch Kompromisse beizukommen versucht.

Bei der Mehrheitsentscheidung wollte Frankreich bekanntlich ein Vetorecht gelten lassen, das nach Ansicht auch der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag die Axt an die Wurzeln der Gemeinschaften gelegt hätte.

Die Lösung, die man nun nach langem Ringen in Luxemburg fand, stellt an die Partnerländer höhere Anforderungen als bisher. Es wird verstärkt auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ankommen, denn die Mitglieder des Rates sollen sich „innerhalb eines angemessenen Zeitraumes“ bemühen, in strittigen Fragen dann zu einer brauchbaren Lösung zu kommen, wenn „sehr wichtige Fragen“ eines oder mehrerer Partner auf dem Spiel stehen.

Hier ist übrigens der Kompromiß recht schwach, denn Frankreich beharrt darauf, daß in solchen Fällen so lange weiterverhandelt werden muß, bis eine einstimmige Lösung gefunden wird. Unklarheit besteht weiter darüber, was geschehen soll, wenn keine Einigung zustande kommt.

Von dem guten Willen der Sechs zeugt aber der Passus in der Einigungsformel, nach der „diese unterschiedlichen Meinungen nicht verhindern, daß die Arbeit der Gemeinschaft nach dem normalen Verfahren wieder aufgenommen wird“.

Das zweite Thema war, wie gesagt, die Stellung zur EWG-Kommission. Hier hatte Frankreich den Standpunkt vertre-

ten, man müsse die Kommission stärker an den Ministerrat binden. Damit wäre aber der „dynamische Motor“, wie man die Kommission oft bezeichnet, entscheidend gebremst worden. Außerdem, so sagten auch die Unionsparteien, sei die Unabhängigkeit der Kommission gerade das Geheimnis ihrer Stärke in der Forcierung der europäischen Arbeit.

Wie aus Luxemburg bekannt wird, hat Frankreich bis zuletzt versucht, seinen Standpunkt durchzusetzen. Die anderen fünf Partner aber blieben fest. Sie setzten durch: Das französische Vorhaben, die Kommission bei wichtigen Vorhaben zunächst sozusagen zum Rapport vor dem

Ministerrat zu befehlen, wurde in die erheblich mildere Formel eines „wünschenswertesten“ Kontaktes umformuliert. Ausdrücklich wird festgestellt, daß diese Fühlungnahme das Vorschlagsrecht der Kommission nicht beeinträchtigen dürfe.

Auch hier ist wieder der Versuch spürbar, zugunsten der laufenden Arbeit die freundschaftliche Einvernahme zwischen Kommission und Rat zu stärken. Wenn beispielsweise beide aufgefördert werden, „im Rahmen der einschlägigen Bestimmungen Mittel und Wege für eine wirksame Kontrolle der Bindung, Anordnung und Durchführung der Ausgaben der Gemeinschaft“ festzulegen, dann dürften Eifersüchteleien und das Pochen auf eigene Kompetenzen weitgehend vermieden werden.

Vor dem Deutschen Bundestag war mehrfach darauf hingewiesen worden, daß

Fortsetzung Seite 2

Verzicht auf Kandidatur

Persönliche Gründe waren für Dufhues ausschlaggebend

Josef Hermann Dufhues, der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, hat sich in einem Brief an den Parteivorsitzenden, Bundeskanzler a. D. Dr. Konrad Adenauer, zu der Frage einer eventuellen Nachfolge in der Parteiführung geäußert. Dufhues hat erklärt, er wolle nicht kandidieren.

Der Brief, den Minister a. D. Dufhues' Herrmann Krone im einzelnen erläuterten den Parteivorsitzenden richtete, hat folgenden Wortlaut:

Nach einem Interview, das Sie im Dezember 1965 der Wochenzeitung „Christ und Welt“ gegeben haben, werden Sie auf dem bevorstehenden Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union das Amt des Vorsitzenden nicht erneut übernehmen.

In der Diskussion der folgenden Wochen bin ich häufig als Ihr Nachfolger genannt worden. Noch während meines Aufenthaltes im Krankenhaus habe ich meine Bedenken gegen die Übernahme des Vorsitzes der CDU zum Ausdruck gebracht. Diese Bedenken habe ich wenige Tage nach Verlassen des Kranken-

tert und ihn gebeten, Sie hierüber zu unterrichten. Aus verständlichen und offensichtlich von Ihnen gebilligten Gründen habe ich es vermieden, die Öffentlichkeit zu informieren.

Nach sorgfältiger Prüfung habe ich die Überzeugung gewonnen, daß ich den Vorsitz der CDU nicht übernehmen kann. Bei meiner Entscheidung habe ich sowohl die Lage der CDU wie meine persönliche Situation berücksichtigt.

Die künftige politische Entwicklung stellt an das Amt des Vorsitzenden der CDU weit höhere Anforderungen als in der Vergangenheit. Mag der Vorsitzende sich auch durch geeignete Mitarbeiter

Fortsetzung Seite 2

Kompromiß in Luxemburg

Fortsetzung von Seite 1

nach dem EWG-Vertrag eine „einvernehmliche“ Zusammenarbeit zwischen den beiden Gremien bestehen solle. Die deutsche Delegation, die von Bundesaußenminister Schröder geleitet wurde, hatte nach Luxemburg den Auftrag mitgenommen, im Sinne dieses Begriffs auf die Einhaltung des Vertrags sorgsam zu achten. Sie hat sich dieser Aufgabe, wie der Kompromiß zeigt, erfolgreich entledigt.

Gegenüber den beiden genannten Komplexen treten die anderen Fragen in den Hintergrund. Erwähnenswert ist allerdings noch, daß man sich auch über die zukünftige Arbeit unterhielt und dabei festlegte: Einstimmig sind zu entscheiden die Agrarfinanzierung, die notwendige Ergänzung zur EWG-Marktordnung für Obst und Gemüse, die zur Debatte stehenden Marktordnungen für Zucker und Fette sowie die gemeinsamen Preise für Milch, Rindfleisch, Reis, Zucker, Olivenöl und Olsaaten.

Im Anschluß an die Luxemburger Beratungen hat der außenpolitische Sprecher der CDU, Bundestagsabgeordneter Majonica, das Ergebnis einer Betrachtung unterzogen, in der er schreibt:

● „Durch die Übereinkunft des Ministerrates in Luxemburg ist die normale Arbeit der EWG in Brüssel wieder möglich geworden. Frankreich nimmt seinen leeren Stuhl wieder ein. Der Streit um die Mehrheitsentscheidung ist auf die richtige Dimension zurück-

geführt worden. Die zukünftige Entwicklung wird zeigen, daß es hier mehr ein Streit um das sicherlich wichtige Prinzip als um die praktische Arbeit gewesen ist.

● Die Kommission bleibt ein gleichberechtigtes Organ innerhalb der Gemeinschaft. Ihre Rechte, die im Vertrag niedergelegt sind, werden nicht angetastet. Schon vor der Konferenz wurde von allen Seiten betont, daß die Protokollfragen nicht von großer Bedeutung sind. Hier war denn auch eine Einigung leicht zu erreichen.

Die Rückkehr zur Normalität bedeutet noch nicht die Lösung aller Probleme, jedoch läßt der wiedererweckte Gemein-

schaftsgeist hoffen, daß sie im Interesse aller Beteiligten befriedigend gelöst werden können. Daß das so ist, darauf deutet der Arbeitsplan für die zukünftigen Verhandlungen hin, den der Ministerrat festgelegt hat. Zwar soll die Agrarfinanzierung mit Vorrang behandelt werden, aber parallel hierzu sollen die Verhandlungen über andere wirtschaftliche Themen wieder aufgenommen werden, wie über die Kennedy-Runde und die Angleichung der Außenzolltarife der Gemeinschaft.

Dieser Erfolg der Konferenz ist ganz wesentlich auf das Verhandlungsgeschick der deutschen Delegation unter Außenminister Dr. Schröder zurückzuführen. Ihre Tätigkeit wäre aber nicht möglich gewesen, wenn nicht doch das vitale Interesse aller Sechs an der Aufrechterhaltung des Gemeinsamen Marktes gegeben gewesen wäre.“

„Los von Düsseldorf“

DGB-Bezirke meutern gegen zentralistische Bestrebungen

Heute schon läßt sich sagen, daß der DGB-Bundeskongreß im März eine Zerreißprobe für den Deutschen Gewerkschaftsbund darstellen könnte: Der Zentrale in der Düsseldorfer Stromstraße scheint es immer weniger zu gelingen, die einzelnen Landesgewerkschaften am Zügel zu halten.

Ein Bericht in der „Saarbrücker Landeszeitung“ vom 28. Januar macht das deutlich, wenn darauf hingewiesen wird, daß die DGB-Zentrale jetzt versuche, ihre Landesbezirke stärker zu binden. Die Zeitung schreibt:

„Eine entsprechende Satzungsänderung, die den einzelnen Landesbezirken ihre ‚Finanzhoheit‘ beschneiden sollte, kam zwar nicht durch. ‚Notwendige Rationalisierungsmaßnahmen‘ sollen jedoch das kräftige Eigenleben der Landesbezirke einschränken. Inzwischen regt sich in den einzelnen Bundesländern bereits der Widerstand gegen die Zentralisierungsbestrebungen in Düsseldorf. Angeführt werden die Proteste vom Landesbezirk Bayern, der im Hinblick auf den bevorstehenden Bundeskongreß im März auf seiner Landesbezirkskonferenz einstimmig eine Entschließung verabschiedete,

in der der DGB-Bundesvorstand aufgefordert wird, ‚alles zu unterlassen, was die Aufgaben der DGB-Landesbezirke einschränkt, oder ihre Zuständigkeit und Bedeutung mindert. Die in letzter Zeit im DGB sichtbar werdenden zentralistischen Tendenzen sind zugunsten einer Stärkung der Mittelinstanzen abzustellen.‘

Der DGB-Landesbezirk ist von den Bestrebungen Düsseldorfs besonders betroffen. Von seinen 55 Planstellen sollen 27 gestrichen werden. Unter anderem soll er seine Pressestelle verlieren. In der DGB-Zentrale hat man den ‚Aufstand der Landesfürsten‘ bisher mit Gelassenheit zur Kenntnis genommen. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Hermann Beermann erklärte in einem kurzen Gespräch: ‚Ich weiß gar nicht, was die wollen. Wir müssen rationalisieren, weil wir auch mehr und mehr internationale Verpflichtungen wahrzunehmen haben.‘ In den DGB-Landesbezirken gilt es jedoch als ausgemachte Sache, daß es in dieser Frage auf dem Bundeskongreß einige Überraschungen geben wird.

Mittlerweile zeigt sich nämlich auch der Wunsch der Landesverbände, ihr Gewicht gegenüber den Bundesvorständen stärker in die Waagschale zu werfen. Einen konkreten Anhaltspunkt lieferte dazu die IG Metall. Otto Brenner gelang es im Zug der gegenwärtigen Tarifwelle nämlich nicht, zentrale Verhandlungen durchzusetzen. Die Ländergewerkschaften der IG Metall wollten regional weiterverhandeln.

Die Ländergewerkschaften dokumentieren damit, daß es auch den ‚starken Männern‘ in den Gewerkschaften immer schwerer fällt, regionale Initiativen zentral zu koordinieren. Diese Entwicklung ist ebenso ein Generationsproblem — alte, mit traditionsbedingter Autorität ausgerüstete Arbeiterführer sind kaum mehr im Amt — wie eine Frage der wachsenden politischen Reife, die sich ganz allgemein in der Bevölkerung zu regen beginnt.“

Gesamtdeutsche Aspekte

Aus gesamtdeutschen Aspekten hat sich der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Dr. Lemke gegen den Vorschlag des Kreis Ausschusses des Landkreises Herzogtum Lauenburg ausgesprochen, die Aufhebung der Bundesbahnstrecke Bad Oldesloe—Ratzeburg vorzuschlagen. Die Strecke war früher ein Teilstück der Direktverbindung Flensburg—Berlin.

Verzicht auf Kandidatur

Fortsetzung von Seite 1

entlasten, die allgemeine politische Lage und die besondere Situation der CDU erfordern, daß der Vorsitzende sich nicht nur täglich sorgfältig informiert, sondern sich auch weitgehend persönlich in die Beratungen, Verhandlungen und Entscheidungen einschaltet.

Durch meinen Beruf als Rechtsanwalt und Notar bin ich stark in Anspruch genommen. Meine Klienten erwarten mit Recht, daß ich weitgehend persönlich für sie tätig werde. Insoweit befinde ich mich in einer schwierigeren Lage als Angehörige vieler anderer Berufe.

Naturgemäß könnte ich mich von der einen oder anderen Aufgabe entlasten. Auch unter dieser Voraussetzung würde ich durch den Vorsitz der CDU und meinen Beruf in einem Maße beansprucht werden, das überhöhte Anforderungen an mich stellen und meine Gesundheit

gefährden würde. Meine Erkrankung betrachte ich jedoch als eine Mahnung, die ich nicht in den Wind schlagen darf.

Die Übernahme des Vorsitzes der CDU würde mich daher letztlich zwingen, meinen Beruf aufzugeben. Das könnte ich gegenüber meiner Familie nicht verantworten. Jegliche sonstige Honorierung scheidet selbstverständlich aus, da ich mit Ihnen der Auffassung bin, daß die Vorsitzenden der CDU ihre Aufgabe ehrenamtlich erfüllen sollten.

Meine Entscheidung ist mir schmerzhaft. Um so mehr bitte ich davon überzeugt zu sein, daß ich sie nach sorgfältiger Prüfung aller Umstände — auch der Lage der CDU — getroffen habe. Soweit es mir möglich ist, werde ich auch in Zukunft für die CDU tätig sein. Aus den dargelegten Gründen bin ich jedoch nicht in der Lage, das Amt des Bundesvorsitzenden zu übernehmen.

FDJ-Funktionäre als Gast

Schleswig-Holsteins Jungdemokraten mit anfechtbaren Thesen

Schleswig-Holsteins Jungdemokraten sollen nach Ansicht des FDP-Landesvorsitzenden Eisenmann offensichtlich ein Tummelplatz für politische Heißsporne sein. Denn anders kann seine Erklärung vom Wochenende nicht verstanden werden, es sei ihr gutes Recht, „das zu sagen, was die Partei nicht sagen kann oder will“.

Eisenmann bekam gleich bei der Begrüßung anlässlich des Landesjugendtages der Jungdemokraten zu spüren, wie sehr einem großen Teil der Anhänger dieser FDP-Nachwuchstruppe die eigene Partei mißfällt. Der Landesvorsitzende wurde zwar mit Beifall, aber auch mit starkem Zischen empfangen.

Ähnlich wie der außerordentliche Landesparteitag der schleswig-holsteinischen SPD (siehe auch UiD Nr. 2, 4/66) standen auch im Mittelpunkt dieses Landesjugendtages äußerst anfechtbare Thesen zur Deutschlandpolitik. So vertrat Landesvorsitzender Dr. Lademann erneut die Auffassung, die Siegermächte hätten sich 1945 nicht verpflichtet, für eine Wiedervereinigung Deutschlands zu sorgen. Als der Landesjustizminister Dr. Leverenz kürzlich dieselbe These vor dem Kuratorium Unteilbares Deutschland vertrat, gab es einen Skandal. Sogar der FDP-Vorsitzende Mende sah sich gezwungen,

sich namens der Partei von Leverenz zu distanzieren.

„Soll man mit Mauer-Mördern verhandeln und damit zugleich die DDR anerkennen?“ Diese Frage stellte sich Lademann selbst und beantwortete sie mit der fragwürdigen Erklärung: „Entweder geben wir unseren Gefühlen nach oder setzen uns — bei allen Schwierigkeiten — darüber hinweg.“

Lademann wurde von den Delegierten wiedergewählt. Das war für ihn ein Trostplaster, denn wie die „Kieler Nachrichten“ am 31. Januar berichteten, hatte er sich zunächst nicht zur Wahl stellen wollen, weil er sich Hoffnungen machte, den Bundesvorsitz der Jungdemokraten übernehmen zu können. Hierbei sind jedoch Schwierigkeiten aufgetaucht.

Gäste des Landesjugendtages waren u. a. ein FDJ-Funktionär und zwei Vertreter der SED-Satellitenpartei LDP.

...auch ohne Revolution

Generalverwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen

Ministerpräsident Dr. Meyers hat ein neues Kapitel in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen aufgeschlagen. Er hat eine Sachverständigenkommission ins Leben gerufen, die die Verwaltung in einem „bisher noch nie geschenehen Umfang“ überprüfen soll.

Die elfköpfige „Sachverständigenkommission für die kommunale und staatliche Neugliederung in Nordrhein-Westfalen“ soll nach dem Willen des Ministerpräsidenten eine Art „Generalverwaltungsreform“ vorbereiten. Dabei sollen zunächst folgende Fragen geklärt werden:

● Entspricht die gegenwärtige räumliche Gliederung der Gemeinden und Kreise den Erfordernissen der heutigen Zeit?

Neuer CDU-Informationsdienst

Mit dem Titel „Zwischen Weser und Ems“ hat der CDU-Bezirksverband Osnabrück einen Informationsdienst vorgelegt, der künftig monatlich erscheinen soll. Er soll über die Partearbeit innerhalb des Bezirksverbandes unterrichten sowie Stellungnahmen der CDU zu politischen Fragen bringen.

CDU-Mannschaft in Hamburg

Der CDU-Landesverband Hamburg will auf einem Parteitag am 18. Februar eine Regierungsmannschaft als Alternative für die Bürgerschaftswahlen am 27. März vorstellen. Außerdem soll ein CDU-Regierungsprogramm verkündet werden. Die CDU Hamburg führt ihren Wahlkampf mit dem Slogan „Weltstadt — Wohlstand — CDU“.

- In welchem Umfang sind Zusammenlegungen von Gemeinden und Änderungen der Kreisgrenzen möglich?
- Welche Ämter würden nach Zusammenlegungen überflüssig?
- Wie können die bisherigen Neuordnungsmaßnahmen vereinfacht werden und wie kann ohne jede Komplizierung der Wille der betroffenen Bevölkerung festgestellt werden?
- Welche Verwaltungsreformen sind bei den unteren Landesbehörden durchzuführen und sind die Kompetenzen zwischen den Oberbehörden und nachgeordneten Instanzen richtig abgegrenzt?

Wie Dr. Meyers bei der konstituierenden Sitzung der Sachverständigenkommission erklärte, habe es sich erwiesen, daß die einzelnen kleinen Reformen nicht den erhofften Erfolg gezeitigt hätten und Stückwerk geblieben seien. Deshalb habe er sich jetzt zu einem neuen Anlauf entschieden, der zu einer Art Generalreform der öffentlichen Verwaltung führen solle. Der weitverbreiteten Meinung der Schwarzseher in Deutschland, daß wirkliche Reformen nur nach Revolutionen verwirklicht werden könnten, widersprach Dr. Meyers. Er sagte: Eine Verwaltungsreform muß in Nordrhein-Westfalen auch ohne Revolution möglich sein.

Am Rande

ar. Der Entschluß des Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU, Josef Hermann Dufhues, beim kommenden Parteitag der Union nicht für das Amt des Bundesvorsitzenden zu kandidieren, hat die Öffentlichkeit bewegt und die Partei betroffen gemacht. Kaum einer aber hat die überzeugende, im wesentlichen private Begründung Dufhues' mißverstanden. Hier hat sich ein pflichtbewußter Mann in Abwägung der privaten und öffentlichen Interessen entschlossen, einen Verzicht auszusprechen. Man muß das respektieren, so sehr man es bedauern mag.

Nun geht es darum, einen anderen Nachfolger für den Bundesvorsitzenden der CDU, Bundeskanzler a. D. Konrad Adenauer zu finden, der vor Weihnachten gegenüber dem Bonner Vertreter der Wochenzeitung „Christ und Welt“ geäußert hatte, er wolle nicht mehr Vorsitzender seiner Partei bleiben. „Ich werde jetzt neunzig Jahre alt“, hatte Adenauer gesagt, „man kann mit neunzig Jahren körperlich und geistig noch so frisch sein — man muß doch damit rechnen, daß es heute oder morgen einmal aufhört. Jedem ist ein Schluß gesetzt. Ich will nicht mehr Vorsitzender meiner Partei bleiben.“

Die Frage der Nachfolge Konrad Adenauers im Parteivorsitz bewegt Öffentlichkeit und Partei. Anders als bei den politischen Tagesentscheidungen, die in den Führungskreisen getroffen werden müssen, liegt das Schwergewicht der Entschlüsse in der Nachfolgefrage der Partei bei den Delegierten, die beim Parteitag ihre Stimme abzugeben haben, und sie sind es auch, deren Gewicht bei der Wahl eine entscheidende Rolle spielt. Spekulationen allein, wie man sie in diesen Tagen in der Presse liest, machen die grundsätzlichen Überlegungen nicht wett, die bis zum Parteitag alldenthalben angestellt werden müssen.

Eine Partei wie die Union hat mehr Rücksichten zu nehmen, mehr nachzudenken und mehr abzuwägen als andere Parteien. Sie muß eine Lösung finden, die der großen Spannweite und dem Ideengut der christlichen Demokraten ebenso gerecht wird wie den Kompetenzverhältnissen und der Zusammensetzung der Mitgliedschaft. Es wird also wohl noch eine Weile dauern, bis sich eine Lösung abzeichnet, mit der jeder Delegierte zufrieden sein kann. Daß es eine solche Lösung gibt, daran besteht kein Zweifel. Es gibt gottlob in der Union Männer und Frauen genug, die wissen, was sie wollen, und die wissen was nottut.

Tut Polemik not?

CDU/CSU: „Starfighter“-Debatte soll sachlich bleiben

Die Diskussion um Wert und Unwert des von der Bundeswehr verwendeten Flugzeugs vom Typ „Starfighter“ geht hin und her. Es ist nicht verwunderlich, daß sich die Opposition dieses Themas in einer Form bemächtigt hat, die befürchten läßt, über den Umweg „Starfighter“ solle die gesamte Verteidigungsleistung der Bundesrepublik getroffen werden.

Diesen Argwohn äußerte auch der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Josef Rommerskirchen, in einer der Öffentlichkeit unterbreiteten Erklärung. Es heißt darin u. a., wenn jetzt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Helmut Schmidt, Sachlichkeit statt Polemik fordere, dann stehe das im Gegensatz zu polemischen Äußerungen, die aus der SPD, vornehmlich von dem Abgeordneten Wienand gebraucht worden sind. Die CDU/CSU lehne dagegen Wertungen so lange ab, wie die Prüfung aller Fragen noch nicht abgeschlossen sei.

„Der Sprecher der SPD-Fraktion in Verteidigungsfragen, Wienand, aber“, so erklärt der Abgeordnete Rommerskirchen, „ließ sich einige Tage vor der ersten Beratung im Verteidigungsausschuß bereits über die Schuldfrage aus und erhob konkrete Vorwürfe. Negative Wertungen zu Lasten des ehemaligen und jetzigen Verteidigungsministers wie ihres Führungs-

stabes ziehen sich seitdem durch die nachfolgenden Verlautbarungen in den Informationsorganen der Partei und Fraktion der Sozialdemokraten. Man glaubte feststellen zu sollen, daß der Verteidigungsminister seiner Verantwortung für die Sicherheit unserer Luftwaffe und ihrer Piloten nicht gewachsen zu sein scheine“. Gleichzeitig aber prophezeite man, daß Herr Wienand mit seinen Vorwürfen, die er vor Jahresfrist in einer Illustrierten erhoben habe, dennoch Recht behalten werde. Vermutlich wollte er selber das möglichst schnell festgestellt haben; er schlug wohl deshalb im Verteidigungsausschuß vor, das Ministerium solle sich zur Abkürzung des Prüfungsverfahrens

„Sträflich vernachlässigt“

Wirtschaftsförderung und Straßenbau sind in den letzten Jahren in Niedersachsen sträflich vernachlässigt worden. Diesen schweren Vorwurf hat der niedersächsische Wirtschafts- und Verkehrsminister Karl Möller (CDU) in Hannover vor Vertretern aller im Landtag vertretenen Parteien erhoben, ohne daß Widerspruch erhoben wurde. Niedersächsischer Verkehrsminister war bis zum erzwungenen Ausscheiden der FDP aus der Koalition mit der SPD der heutige FDP-Bundestagsabgeordnete Carlo Graaff.

Mehr Geld gefordert

Fraktionen in Rheinland-Pfalz vor großen Anstrengungen

Die Fraktionen im Landtag von Rheinland-Pfalz haben der durchaus unpopulären Maßnahme zugestimmt, die Landesmittel für die Fraktionsarbeit zu erhöhen. Dies wird mit Mehrarbeit begründet, die vor allem von außen an das Parlament herangetragen wird.

Es sei heute, so betonen übereinstimmend CDU, SPD und FDP, eine Fülle von Petitionen, Auskunftswünschen und Einzelinitiativen von Verbänden, Organisationen, Vereinen und Einzelpersonen zu verzeichnen, die an die Fraktionen herangetragen werden und von diesen Mehrarbeit erfordern. Durch ihr Mandat haben die Abgeordneten der Öffentlichkeit gegenüber aber eine besondere Verantwortung übernommen, die von ihnen eine ins einzelne gehende Beschäftigung mit jenen Wünschen erfordert. Die CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz hat darüber hinaus eine Rechnung aufgemacht, die ihre Forderung belegt und wohl weitgehend unbekannt ist:

Die Gesamtausgaben des Landtags einschließlich der Fraktionen und der Landtagsverwaltung, der gesamten Geschäftsbedürfnisse, Personalkosten, Aufwandsentschädigungen, Bewirtschaftung von Dienstgebäuden und Mieten nach dem Haushaltsansatz für 1966 betragen auf die Gesamtbevölkerung von Rheinland-Pfalz umgerechnet 10,9 Pfennig pro Monat und rund 1,30 DM pro Jahr.

Abgesehen davon erhalten die Fraktionen des Landtags von Rheinland-Pfalz selbst nach der geforderten Erhöhung die zahlenmäßig geringsten von allen Parlamentsfraktionen der Bundesrepublik.

zu den Auslassungen in einem Nachrichtenmagazin erklären, das u. a. die Wienand-Vorwürfe erneut aufgegriffen hatte.

Gerade diese Vermengung von massiven politischen Vorwürfen mit Überlegungen zur Beseitigung von Schwierigkeiten, die vielseitige Ursachen haben, gerade die bewußte und gezielte Polemik ist es, die den Gegenangriff herausfordert hat. Dabei wurde Herr Wienand bislang noch gar nicht gefragt, ob er sich etwa mit den Vorstellungen derer identifiziert die ihn so gerne zitieren. Denn nicht wenige derer sagen „Starfighter“ und meinen die gesamte Verteidigungskonzeption. Wer sich nicht damit abfinden kann, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Mitglied der NATO ist und dieses Verteidigungsbündnis sich mit den modernsten Waffen die Überlegenheit gegenüber einem potentiellen Angreifer sichert, der wird konsequenterweise ein Waffensystem wie den „Starfighter“ ablehnen. Doch darüber wird erneut im Plenum des Bundestags zu diskutieren sein, wenn die politischen Konsequenzen aus den sachlichen Feststellungen im Verteidigungsausschuß gezogen werden.

Es wird alles getan

Der CDU/CSU-Fraktion geht es darum, die vielfältigen Gründe für den Absturz von Düsenflugzeugen des Typs F 104 G, eines Waffensystems, das sowohl der Forderung nach weitgehender Standardisierung wie nach Konzentration auf „Waffenfamilien“ entspricht, aufzuklären und Maßnahmen zur Verbesserung der Lage sicherzustellen. Das sollte in höchstmöglicher Sachlichkeit geschehen. Die verständlichen Reaktionen in der Öffentlichkeit sollen nicht mißachtet werden, aber sie können nur Anlaß sein, so schnell wie möglich das Erforderliche zu tun. Wenn das Verteidigungsministerium, dessen Verantwortung für die Zeit der Überprüfung selbstverständlich nicht ruht, zwischenzeitlich schon entsprechende Vorsorge trifft und erkannte Schwierigkeiten beseitigt, ist das nur zu begrüßen. Und daß angesichts der von der SPD selber

festgestellten außergewöhnlichen Situation auch ein ungewöhnlicher Schritt im Interesse der Erfassung, Koordinierung und Beschleunigung aller erforderlichen Maßnahmen getan wird, wie es die Einsetzung der Sondergruppe des General Hrabak darstellt, sollte alleseits Anerkennung finden. Auch der Sprecher der SPD sollte es begrüßen, daß das Bundesministerium der Verteidigung nicht untätig bleibt, bis der Verteidigungsausschuß seine Prüfung abgeschlossen hat. Er kann nicht nach Verantwortung rufen und gleichzeitig dem Verantwortlichen die Hände binden.

Nicht mit der SPD

Eine Absage an die Kommunalpolitik der SPD erteilte die Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Bürgervereine vor wenigen Tagen. In ihr sind 20 Bürger- und Bezirksvereine der Stadt zusammengeschlossen. Der Geschäftsbericht der Arbeitsgemeinschaft unterstreicht nachdrücklich, daß die CDU dankenswerterweise einen Antrag eingebracht habe, die Bürgervereine wieder zu den städtischen Deputationen zuzulassen. Nicht zuletzt würde man damit ein nationalsozialistisches Unrecht wieder gutmachen. Die SPD dagegen hat sich bisher gegen eine Wiederzulassung gestäubt. Demgemäß mußte auch die Feststellung ausfallen, daß die Zusammenarbeit der Bürgervereine mit der CDU sich gut entwickelt hätte, während sich die Hoffnung auf einen Kontakt zur SPD nicht erfüllt habe.

Neue Stiftung

Die „Vereinigung für deutsch-italienische Freundschaft“ in Rom hat einen Konrad-Adenauer-Preis für Publizistik gestiftet, der im Oktober 1966 an einen italienischen Schriftsteller verliehen werden soll. Der Preisträger muß sich in seinem publizistischen Schaffen vor allem mit dem Thema der Wiedervereinigung Deutschlands beschäftigt haben.

„Was war, was blieb...“

Empörung in Hamburg über Intendant Prof. Schuh vom Schauspielhaus

Die seit Monaten um das Hamburger Schauspielhaus schwelende Krise ist durch eine Fernsehsendung nun auch der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Darin wurde dem Intendanten Prof. Oscar Fritz Schuh von prominenten Schauspielern des ehemaligen Gründgens-Ensembles eine fehlerhafte Ensemble-Politik vorgeworfen, die den Ruf dieser einstmaligen bedeutenden Deutschen Bühne beharrlich schädige.

Schuhs Vorstellung, ein „bundesweites Großensemble der Spitzenkünstler“ und eine „absolut typengerechte Besetzung“ aller auf dem Spielplan stehenden Stücke zu verwirklichen, ist von sachkundigen Leuten schon seit längerem heftig kritisiert worden. Schuh, der bei Übernahme der Hamburger Direktion erklärt hatte, er wolle die Kontinuität wahren, nannte alsbald die berühmte Schauspieler-Gemeinschaft seines Vorgängers ein „Ensemble von der Stange“ und zerstörte allmählich das bewährte Team, das einem Ensemble im herkömmlichen Sinne so sehr entsprochen hatte.

„Was war, was blieb . . .“, müßte man heute rückblickend fragen, führende Kräfte kehrten Hamburg den Rücken, unter ihnen die Flickenschildt, Ella Büchi, Heinz Reincke, Max Eckard, Richard Münch, Ullrich Haupt und Sebastian Fischer.

Mit Recht fragte deshalb die CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Käte Staudinger — als Mitglied des Aufsichtsrates des Deutschen Schauspielhauses Hamburg besonders befugt, in dieser Sache zu urteilen — nach den Gründen des augenfälligen Niedergangs der dramatischen Kunst an dieser Bühne. Eine erhebliche Etablierung von 1,3 Millionen auf 3,4 Millionen DM gegenüber der Gründgens-Zeit und ein deutliches Nachlassen der „Ausstrahlungskraft“ verträge sich schlecht miteinander. Aufgabe eines hoch subventionierten Theater sei es, ein Ensemble zu pflegen und den Nachwuchs zu fördern.

Einen „dramatischen“, wenngleich peinlichen Akzent erhielt der Theaterstreit durch den Hamburger Kultursenator Dr. Biermann-Ratjen (FDP), der den so viel-

Mikat kandidiert in Essen

Einer der zugkräftigsten Kandidaten der CDU, Kultusminister Prof. Dr. Mikat, wird in Essen kandidieren. Bei der letzten Landtagswahl unterlag die CDU-Kandidatin Anne Gehling in dem für Mikat vorgesehenen Wahlkreis mit nur 97 Stimmen. Die CDU in Essen hofft, mit Prof. Mikat den verlorenen Wahlkreis zurückzugewinnen.

Klett gewählt

Wie zu erwarten, wurde bei der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart das bisherige Stadtoberhaupt, Dr. Klett, wiedergewählt. Er erhielt 59,6 Prozent aller Stimmen. Sein Gegenkandidat Dr. Nopper konnte mit 39,5 Prozent einen beachtenswerten Erfolg erzielen. Die Wahlbeteiligung war wiederum mit 44,1 Prozent bemerkenswert gering. Von den 420 000 Wählern in Stuttgart hat sich nur jeder vierte für Dr. Klett entschieden.

fach gescholtenen Intendanten Schuh gegen die Vorwürfe verteidigen zu müssen meinte. Nachdem er Schuh „künstlerische Qualitäten“ bescheinigt hatte, versuchte er, den Hamburgern glaubhaft zu machen, daß Gründgens Schuh „ausdrücklich als seinen Nachfolger designiert“ habe.

Offenbar war hier der Irrtum der Vater des Gedankens, denn, so versicherte Frau Staudinger, Gründgens habe nicht für Prof. Schuh, sondern für Ulrich Erfurth

Fernsehen und Hörfunk

Lügt Panorama?

Mit der obigen Frage ist nicht etwa die zeitkritische Sendereihe mit dem gleichen Namen gemeint, die der Norddeutsche Rundfunk alle vierzehn Tage ausstrahlt. Gemeint ist vielmehr das sogenannte „Deutsche Panorama“, eine neue Zeitschrift, die sich durch Hinzufügung des kleingedruckten Wörtchens „deutsch“ nur unzureichend von der ebenfalls in Hamburg produzierten NDR-Sendung unterscheidet. Die Ähnlichkeit des Namens ist sicher kein Versehen. Der NDR ist an möglicherweise sich ergebenden Verwechslungen selbst schuld, denn er hat diese zu gewollten Mißverständnissen verleitende Bezeichnung genehmigt.

Was verbirgt sich hinter diesem sogenannten „Deutschen Panorama“? Alte Kameraden! Im Wesentlichen sind es alte Mitarbeiter des NDR-Panoramas, die dort nicht alt geworden sind. Jetzt haben wir sie alle beisammen, die lieben alten Bekannten, und es wird sich zeigen, ob sich genügend Kunden finden, die freiwillig zwei Mark für ein so einseitiges und eindeutiges Erzeugnis ausgeben. Sehr wahrscheinlich ist das nicht. Chefredakteur des Blattes ist Herr von Paczensky. Vom alten Panorama sind Proske, Kogon, Engelmann, v. Uexküll und Lehmann dabei. Und trotzdem schreibt man in der Einleitung, das Blatt sei kein Tummelplatz für politische Sektierer. Was denn sonst?

Schon die erste Nummer zeigt, wo der Hase hinlaufen soll. Zu beanstanden ist nicht etwa der verworrene Artikel eines sonst in angesehenen Blättern schreibenden Journalisten über die rundfunkpolitischen Leitsätze der CDU, denn wenn diese Leitsätze einerseits als dubios und andererseits als friedlicher Kompromiß gekennzeichnet werden, scheinen sie ja so schlecht nicht zu sein.

Interessant ist aber ein anderer Artikel vom Herrn von Paczensky, der zu der obigen Überschrift Anlaß gegeben hat. „Lügt die Tagesschau?“ heißt es dort marktschreierisch. Angeblich findet man in dem Beitrag eine gründliche Analyse der Tagesschau, sowie des HEUTE, der

optiert. Gründgens hatte damals erklärt: „Es ist nicht meine Aufgabe, einen Nachfolger vorzuschlagen. Wenn ich aber gefragt werde, setze ich mich für Ulrich Erfurth ein“.

Es soll hier nicht versucht werden, den ehemaligen Intendanten des Schauspielhauses posthum in diese Streitigkeiten hineinzuziehen. Der zitierte Satz aber trägt zur Verschlichung der Diskussion wesentlich bei. Dr. Biermann-Ratjen wäre jetzt an der Reihe, nicht nur schützende Worte für den umstrittenen Prof. Schuh, sondern auch zugleich klärende Worte abzugeben. Das darf man von einem Manne erwarten, der für das kulturpolitische Leben der Hansestadt verantwortlich ist.

Es wäre schlecht um das Hamburger Theater bestellt, würde aus dem Schauspielhaus ein Taubenschlag für die dramatische Kunst. Wie sagte doch Heinz Reincke: „Ich bin nicht Hamburg-, ich bin Schuh-flüchtig geworden!“

Hauptnachrichtensendung des ZDF, und der Nachrichtensendung des schweizerischen Fernsehens. Aber eben eine gründliche Analyse ist dort nicht zu finden. Die Tagesschau hat sofort eine mehr als viermal solange sorgfältige Gegendarstellung herausgegeben, nach deren Lektüre man über den Artikel von Herrn von Paczensky nicht einmal mehr lachen kann. Es heißt dort zu Beginn: „Deutsches Panorama“ gliedert seine Vorwürfe gegen die Tagesschau in 30 Einzelpunkte auf. Nach unserer Prüfung beziehen sich die angeblichen Beweise auf einen Zeitraum von rund 6 Monaten, in dem die Tagesschau etwa 1000 Ausgaben veröffentlichte. Das entspricht weit über 100 Stunden Programm. Selbstverständlich hätte es die Tagesschau-Redaktion nicht überrascht, wenn ihr über einen so großen Zeitraum tatsächlich dieser oder jener Fehler nachgewiesen worden wäre; schließlich wird die Tagesschau live gesendet; menschliche Fehler und technische Pannen sind also nicht ausgeschlossen. Dennoch ist nicht ein einziger der von Paczensky erhobenen 30 Vorwürfe berechtigt.“

Auf den folgenden 37 Seiten wird das dann lückenlos belegt. Wir haben nichts anderes erwartet. Die Tagesschau genießt das Vertrauen der Zuschauer und aller politischen Parteien, weil sie ein untadeliges und unbestechliches Instrument des ARD ist, das täglich Millionen von Zuschauern in ganz Deutschland objektiv und sachlich informiert. Das Mißtrauen gerade dieses Autors zeigt, daß dieses Vertrauen berechtigt ist.

Gerade Herr von Paczensky ist ein schlechter Kritiker. Als Leiter der Sendereihe Panorama ist er an eben dem gescheitert, was er jetzt ausgerechnet der Tagesschau vorwirft.

Die Tagesschau wird durch die Gebühren von Millionen Fernsehzuschauern finanziert. Von wem aber wird das „Deutsche Panorama“ finanziert und wo wird es gedruckt? Diesen interessanten Fragen sollte man einmal nachgehen. ohg.

Ihr Ziel: rotes Rathaus

Schlüsselpositionen nur für Sozialdemokraten

Für die Kölner Verwaltungsangestellten und -beamten brechen schlechte Zeiten an. Wenn sie vorwärtskommen wollen, müssen sie wohl oder übel der SPD beitreten. Denn wichtige Positionen werden — von der SPD-Mehrheit im Stadtparlament geschickt dirigiert — nur noch an Genossen vergeben.

Eine Tagung „Aktionsgemeinschaft öffentlicher Dienst“ auf Schloß Gracht bei Liblar brachte ans Licht, mit welchen Methoden die SPD den Verwaltungsapparat einer Großstadt zu einer reinen Parteifiliale ausbauen möchte. Bestürzend daran ist die Tatsache, daß sich die SPD nicht scheut, ihre anrüchigen Praktiken auch noch bekanntzugeben.

In Liblar, so berichteten die Zeitungen, hat am 18. Januar ein gewisser Fey, Oberverwaltungsrat in Köln, vor der erwähnten Aktionsgemeinschaft — ein Zusammenschluß der SPD-angehörigen Angestellten und Beamten der Stadtverwaltung — aus dem Nähkästchen geplaudert und über vier Phasen berichtet, nach deren Ablauf eine Art fünfte SPD-Kolonie in der Verwaltung zu kommandieren haben wird.

- In der ersten Phase habe man Betriebsgruppen gegründet, um sich gegenseitig zu unterstützen und zu informieren.
- In der zweiten Phase seien dann Mitglieder geworben worden, dabei habe man Stadtverordnete eingesetzt, um die Entscheidungsfreiheit zu gewährleisten. Erfolg dieser Aktion: von 1955 bis 1965 konnte man die Zahl der der SPD angehörenden öffentlichen Bediensteten von 62 auf 500 erhöhen.
- In der dritten Phase sei man in der Lage gewesen, die Parlamentarier in der SPD-Fraktion durch den Rat der SPD-Beamten zu unterstützen.
- Die vierte Phase wird noch angestrebt. Wenn sie erreicht ist, dann hat die

SPD, so meinte Fey, ihr eigentliches Ziel erreicht, über ein Reservoir williger Verwaltungskräfte zu verfügen, mit denen sie ihre Politik durchsetzen könne.

Der sozialdemokratische Funktionär und Beamte warnte vor einer Wiederholung der Weimarer Zeit, in der ein „reaktionärer Beamtenapparat“ die Politik der damals stärksten Partei habe versanden lassen.

Zweifellos lesen sich diese Bekenntnisse eines Managers der SPD recht harmlos. In Wirklichkeit dürften sie bei konsequenter Anwendung das Ende einer unabhängigen Verwaltung darstellen. Sicherlich hat die SPD wie jede andere Partei das Recht, auch unter den Angehörigen der Verwaltung Mitglieder zu werben. Allerdings wird eine solche Kam-

pagne etwas problematisch, wenn man die seit jeher betriebenen Praktiken der SPD-Personalpolitik kennt, die unter Mißachtung von Vorschriften und Gesetzen darauf abzielt, nicht dem Tüchtigsten, sondern den Genossen zu fördern. In Köln ist es nicht anders.

Bei den Etatberatungen hatte vor einigen Wochen der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Dr. Lemmens, mit Besorgnis darauf hingewiesen, daß sich in der Verwaltung die bedenkliche Tendenz bemerkbar macht, bei gleichen Leistungen und Fähigkeiten jene zu fördern, die sich zur SPD bekennen, oder einer besseren Stellung wegen in die SPD einzutreten gedenken.

Es ist nur sehr schwer zu verstehen, daß die Entscheidungsfreiheit eines Beamten oder Angestellten der Verwaltung gewährleistet sein soll, wenn an ihn ein SPD-Stadtverordneter mit dem Wunsch herantritt, sich der SPD anzuschließen. Denn immerhin ist ein solcher Stadtverordneter in der Lage, etwas für seinen Protegé zu unternehmen. Es bedarf schon einiger Charakterstärke, um sich einem solchen Wunsch zu verschließen, wenn man befürchten muß, bei der nächsten Beförderung übergangen zu werden.

Die SPD schweigt . . .

In diesem Zusammenhang ist die Erklärung Feys, daß die SPD-Beamten die Stadtverordneten durch Rat und Tat unterstützen, wohl auch dahin zu verstehen, daß bei personalpolitischen Entscheidungen wohl zunächst einmal die Genossen um Rat gefragt werden. Was dabei herauskommt, hat, wie bereits erwähnt, Dr. Lemmens in aller Klarheit geäußert.

Die CDU hat sich stets gegen solche Praktiken gewandt, auch als sie selbst in der Verantwortung in Köln stand. Kein Geringerer als Fey hat dies zugeben müs-

sen, als er sagte, daß die sozialdemokratische Aktivität so lange gehemmt gewesen sei, wie ein CDU-Mann an der Verwaltungsspitze gestanden habe. Man müsse aber zugestehen, daß der frühere Oberstadtdirektor Dr. Max Adenauer ein objektiver und anständiger Mann gewesen sei.

In einer Erklärung an die Kölner Bevölkerung hat die CDU-Ratsfraktion dazu u. a. mitgeteilt:

„Die SPD-Rathausfraktion schweigt zu den Berichten, durch die die Bürgerschaft auf Grund der freimütigen Aussagen des Leiters des Hauptamtes der Stadt Köln, des SPD-Genossen Fey, über die Existenz und die Arbeitsmethoden der Aktionsgemeinschaft Öffentlicher Dienst der SPD unterrichtet wurde. Auch hier ist die SPD angesprochen, da sie sich mit ihren Mitgliedern an Unternehmen beteiligt, die unseres Erachtens mit der Gemeindeordnung und dem Beamtenrecht unvereinbar sind. Zu all dem aber schweigt die SPD und tut so, als sei sie nicht angesprochen.“

Die CDU weiß, daß die ihr nach der Kommunalwahl zugefallenen Aufgaben nicht leicht sind. Die Gefahr des Mißbrauches der durch die Mehrheitsverhältnisse im Rat einer Fraktion in die Hand gegebenen Macht verlangt von der CDU zwingend, die Entwicklung in allen Bereichen der Verwaltung genauestens zu beachten, zumal auch hier die sozialistisch geprägte Denkweise mehr als bisher Eingang gefunden hat.

Die CDU muß und wird das Tun und die Entscheidungen der SPD im Rat sorgsam überwachen und sichtbar werdenden einseitigen Tendenzen, die mit der Grundhaltung der Kölner Bevölkerung nicht in Einklang zu bringen sind, früh genug entgegenwirken.“

Kommentar der SPD: Die Reaktion der CDU ist ein verfrühter Wahlkampf.

Kleinarbeit der Union

Bürger und Minister ziehen in Saarbrücken an einem Strang

Im Laufe der letzten vier Jahre ist auf dem Eschberg über Saarbrücken eine Satellitenstadt emporgewachsen, die für die Christlich Demokratische Union der Landesmetropole neue Probleme aufwarf.

Mit maßgeblicher Unterstützung der Bundesregierung wurde auf dem Eschberg ein Demonstrativbauprogramm abgewickelt, das rund 3000 Wohneinheiten für fast 10 000 Menschen umfaßt. Aus vielen Teilen des Saarlandes und aus allen Wohngebieten der Hauptstadt kommen die neuen Mieter. Die Praxis hat gezeigt, daß jene menschlichen Bindungen, die normalerweise in einer dörflichen Gemeinschaft oder in einem Stadtviertel existieren, hier noch nicht vorhanden sein können. Die sich nur langsam entwickelnden Kontakte bilden erhebliche Schwierigkeiten, aber auch eine Reihe kommunalpolitischer Komplikationen, wie das vorläufige Fehlen ausreichender Einkaufsmöglichkeiten, notwendiger Schulräume und die anfänglich noch unvollkommenen Busverbindungen. Mit einem Wort: auf dem Eschberg, der teilweise auch heute noch eine riesige Baustelle mit

nicht immer idealen Wegeverhältnissen ist, gab es lange Zeit hindurch genügend Zündstoff für manche erregte Diskussion unter den rund 8000 Menschen, die sich bereits in dem neuen Wohngebiet eingerichtet haben.

Im August letzten Jahres wurde hier ein vorläufiger Ortsverband der CDU gegründet, dessen Mitgliederzahl durch intensive Hausbesuche und manche augenfälligen Erfolge inzwischen beachtlich anstieg. Der Vorsitzende Dröschel, der kürzlich von einer Delegiertentagung wiedergewählt wurde, gab einen Überblick über die Fülle der Kleinarbeit, die in den letzten Monaten in dem neuen Stadtbezirk geleistet werden konnte. Das Zusammenspiel zwischen dem jungen Ortsverband Eschberg, dem Kreisverband Saarbrücken und den verschiedenen CDU-Landesministern hat sich hervorragend bewährt.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Dank an Dufhues

Der CDU/CSU-Landesverband Oder-Neiße hat dem Geschäftsführenden CDU-Vorsitzenden Josef Hermann Dufhues für die Unterstützung der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU gedankt. Der Landesvorsitzende und Berliner Bundestagsabgeordnete Josef Stingl erklärte in Bonn, Dufhues haben sich den Belangen der Menschen aus Ost- und Mitteldeutschland stets aufgeschlossen gezeigt.

Für eine sachliche Diskussion

Für eine sachliche Auseinandersetzung zwischen den Heimatvertriebenen und den Vertretern der Evangelischen Kirche über die Denkschrift zur Ostpolitik hat sich der stellvertretende Bundesvorsitzende der Landmannschaft Schlesien und niedersächsische CDU-Landtagsabgeordnete Helmut Kostorz ausgesprochen. Kostorz bedauerte die Entgleisungen einzelner, die beispielsweise Drohbriefe an evangelische Geistliche geschrieben haben. Sie könnten der Gesamtheit der Vertriebenen nicht zur Last gelegt werden, da die Menschen aus Ostdeutschland in der Vergangenheit stets bewiesen hätten, daß sie Radikalismus in jeder Form ablehnen.

Kritik an de Gaulle-Berater

Der CDU/CSU-Landesverband Oder-Neiße hat den strategischen Berater des französischen Präsidenten, General Beaufré, wegen seiner Erklärungen zur Frage der Oder-Neiße-Gebiete kritisiert. Wenn der General heute bemängelt, daß die Deutschen zur Wiedervereinigung drängen und weiter für die Grenzen Deutschlands in den Grenzen von 1937 eintreten, dann tun sie nichts weiter als daß sie an den Potsdamer Beschlüssen der damaligen Alliierten festhalten, erklärte der Landesverband.

Vertriebenenagung in Kaufbeuren

Gemeinsam mit dem Landesverband des BHE in Bayern führt der CDU/CSU-Landesverband Oder-Neiße am 19. Februar in Kaufbeuren eine Arbeitstagung durch. Daran werden vom BHE u. a. dessen Landesvorsitzender, Staatssekretär a. D. Gutsmuths, sowie der Landesvorsitzende des Blocks Junger Deutscher, Kurt Kellner, und vom CDU/CSU-Landesverband Oder-Neiße dessen Vorsitzender Josef Stingl teilnehmen. Außerdem werden der CSU-Vorsitzende Strauß und der bayrische Arbeits- und Sozialminister Hans Schütz erwartet.

Gegen Kürzung der Mittel

Landesverband Oder-Neiße und BdV Nordrhein-Westfalen berieten

Der CDU/CSU-Landesverband Oder-Neiße und der Landesverband des BdV Nordrhein-Westfalen haben sich entschieden gegen die Vorschläge der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag gewandt, die Mittel, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Vertriebenen dienen, um rund ein Drittel zu kürzen.

Anläßlich eines gemeinsamen Gesprächs, das am 26. Januar in Bonn stattfand, wurde dazu übereinstimmend erklärt, bei einer derartigen Kürzung sei die Fortführung der vom Land unterstützten Aufgaben nicht mehr möglich. Vom CDU/CSU-Landesverband Oder-Neiße nahmen an dem Gespräch der Vorsitzende, der Berliner Bundestagsabgeordnete Josef Stingl, und seine beiden Stellvertreter, Alfred Klose, MdL, und Paul Scholz, MdL, teil. Die Delegation des BdV-Landesverbandes wurde vom Landesvorsitzenden, Walter, geführt.

Stingl versicherte bei der Zusammenkunft, bei der es u. a. um Fragen der Eingliederung sowie um die Denkschrift der EKD zur Frage der deutschen Ostgebiete ging, daß die 19. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz entsprechend den Zusagen des CDU-Vorsitzenden Dr. Adenauer und des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Barzel, bald eingebracht und noch in diesem Jahr behandelt werden soll. Da die Leistungen, die durch eine 19. Novelle gewährt

würden, aus dem Lastenausgleichsfonds finanziert werden, werde der Bundeshaushalt nicht in Anspruch genommen.

Die Gesprächsteilnehmer waren übereinstimmend der Meinung, daß der Rechtsanspruch auf die deutschen Ostgebiete mit allen friedlichen Mitteln weiter verfochten werden soll. Alle Versuche, sich auf der Grundlage des Rechts mit dem polnischen Nachbarvolk auszusöhnen, werden begrüßt und unterstützt.

Ev. Arbeitskreis diskutiert

Auch der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU will sich jetzt an der öffentlichen Diskussion über die umstrittene Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands zur Ostpolitik beteiligen. Wie vom Arbeitskreis bekannt wurde, wird sich die Februar-Ausgabe der „Evangelischen Verantwortung“, des Informationsdienstes des Arbeitskreises, ausschließlich diesem Problemkreis widmen.

Die Kontakte suchen

Sozialminister Grundmann ehrte Sieger des Schülerwettbewerbs

Bei der Preisverteilung für die Sieger des 12. Mittel- und Ostdeutschen Schülerwettbewerbs hat der nordrhein-westfälische Sozialminister Konrad Grundmann erklärt, es müßten Möglichkeiten unmittelbarer Kontakte zwischen der Jugend der Bundesrepublik und der jungen Generation der osteuropäischen Nachbarländer erwogen werden.

Der Minister betonte, die junge Generation habe eine große Aufgabe, um in unserem Volk den Willen zur Wiedervereinigung aufrechtzuerhalten und diesen Willen nach außen hin stärker sichtbar werden zu lassen. Es sei Sinn des Schülerwettbewerbs, die Jungen und Mädchen durch die notwendigen Kenntnisse über die geschichtliche Vergangenheit unseres Volkes in Ost und West, über die geistigen und kulturellen Leistungen ganz Deutschlands und über die Situation im heute geteilten Deutschland auf diese Aufgabe vorzubereiten.

Grundmann dankte insbesondere dem nordrhein-westfälischen Kultusminister Prof. Mikat für die Förderung dieses Wettbewerbs, der erneut bewiesen habe, daß die Jugend für die Schicksalsfragen unseres Volkes ansprechbar und bereit sei, Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen.

Das überragende Ergebnis des Schülerwettbewerbs 1965 war eine Rekordbeteiligung, wie sie vorher noch nie zu verzeichnen war. Diesmal beteiligten sich rund 1500 Schulen, das sind rund ein Drittel mehr als 1964. Bei den berufsbildenden Schulen stieg die Beteiligung sogar um 85 Prozent. Insgesamt gingen

über 33 000 Lösungen eines mit dem Wettbewerb verbundenen Preisausschreibens ein.

180 000 ausländische Flüchtlinge

Nach Angaben des Bundesvertriebenenministeriums leben gegenwärtig rund 180 000 ausländische Flüchtlinge in der Bundesrepublik. Wie in diesem Zusammenhang weiter mitgeteilt wurde, sind mit Hilfe des Bundesevakuierungsgesetzes bisher rund 269 000 Evakuierte in ihre Heimataorte zurückgeführt worden. Rund 40 000 warten noch auf diese Maßnahme, davon leben etwa 6000 in der sowjetischen Besatzungszone und in den unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung René Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31. — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Neuss als Geldsammler

Unbehagen über das Reichssammlungsgesetz aus dem Jahre 1934

Der Privatmann Wolfgang Neuss, umstrittener Kabarettist, darf eine öffentliche Sammlung veranstalten, um Geld für die Fortführung seiner Prozesse gegen die Verleger Westberliner Zeitungen zu bekommen, die seit Wochen keine Anzeigen des Kabarettisten mehr veröffentlichen. Er hatte die Zeitungen der Lüge, Kriegshetze und Propaganda für die USA beschuldigt.

In Berliner politischen Kreisen ist starkes Unbehagen gegen das Reichssammlungsgesetz aus dem Jahre 1934 geäußert worden, das derartige Sammlungen zuläßt. Sie verweisen darauf, daß Neuss als Kabarettist und Darsteller in Filmen sowie durch Rundfunksendungen genügend Geld verdient hat und noch verdient, so daß er die Prozeßkosten aus eigenen Mitteln tragen könnte.

Sie teilen nicht die Auffassung von Neuss und einigen Linksradikalen, daß der Prozeß eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse sei.

Vielmehr handele es sich um eine private Auseinandersetzung zwischen Neuss und den Verlegern, die von dem Kabarettisten schwer beleidigt worden seien, nachdem sie einen Spenden-Aufruf für die Opfer des Vietnam-Krieges veröffentlicht hatten.

Neuss wird bei seiner Sammlungsaktion lebhaft von dem Philosophie-

Pless (SPD) noch aktiver

Der hessische SPD-Landtagsabgeordnete Philipp Pless (siehe UiD Nr. 2/66) rührt fleißig weiter die Werbetrommel für die neutralistischen „Ostermarschierer“. Am Wochenende hat er auf einer „Ostermarsch“-Kundgebung bedauert, daß sich die SPD und der DGB nicht kollektiv dieser Neutralisten-Bewegung angeschlossen haben. Zu den Unterzeichnern des „Ostermarsches“ gehören u. a. jetzt auch die hessische SPD-Landtagsabgeordnete und Gewerkschaftssekretärin Liesel Winkelsträter und die früheren SPD-Bundestagsabgeordneten Prof. Baade und Alma Kettig.

Begabtenförderung erweitert

Schülerförderung in Bayern erfordert 44 Millionen DM

Nach den Vorstellungen des bayerischen Kultusministers sollen in Zukunft auch solche Schüler gefördert werden, die weniger gute Leistungen aufweisen könne.

Vor dem kulturpolitischen Ausschuß des bayerischen Landtages erläuterte Dr. Huber seine Pläne über die Begabtenförderung. Nach seinen Absichten sollen nicht nur gute Schüler vom 1. September an eine monatliche Förderung von 50 bis 230 DM erhalten. Damit soll in Bayern die Begabtenförderung nicht nur von hervorragender schulischer Leistung abhängig gemacht werden. Allerdings erhalten nur solche Schüler eine Unterstützung, deren Eltern ein Jahreseinkommen bis zu 8400 DM beziehen.

Schlechte Schüler werden freilich auch in Bayern nichts vom Staat erhalten, denn immerhin ist ein Notendurchschnitt von 2,5 Voraussetzung für die staatliche Förderung. Mit den für diese Zwecke vorge-

studenten Reinhard Strecker unterstützt, der vor Jahren mehrfach von sich reden machte. Er war Initiator der aus östlichen Quellen gespeisten Ausstellung über ungesühnte Nazijustiz, die vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) organisiert wurde. Er gehörte damals noch zur SPD, die sich jedoch von der Ausstellung wegen ihrer unbekanntenen Hintermänner distanzieren mußte.

Neuss-Kumpan Strecker hatte auch schon einmal seine Übersiedlung nach Großbritannien angekündigt, weil er angeblich als Agent der Sowjetzone verkleidet worden sei und eine Anzahl von Drohbriefen erhalten habe.

Politische Hasardeure

Verteidigungskongreß der CDU verurteilt SPD-Thesen

Als eine „gefährliche These politischer Hasardeure“ verurteilte am Wochenende der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Marx auf einem verteidigungspolitischen Kongreß der schleswig-holsteinischen CDU in Flensburg die Forderungen nach Abschluß von Vereinbarungen mit dem Ulbricht-Regime und nach einer militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa nach den Vorstellungen des polnischen Außenministers Rapacki.

Dr. Marx wies damit die Forderungen die Entsendung eines Lazarettsschiffes zu der schleswig-holsteinischen SPD zurück, begrenzen. Vielmehr solle auch auf dem die im Rahmen einer Entschließung ver-Bausektor Hilfe angeboten werden. Marx öffentlich und auch vom SPD-Bundeswandel sich entschieden gegen die Forderung gerügt worden waren (siehe UeD Nr. 2, 4/66). Folge die SPD Vorstel-Schmitt-Vockenhausen, auch der Kommungen dieser Art, dann falle sie in dienstlichen Seite humanitäre Hilfe zu geopolitische Vorstellungswelt der fünfziger wahren. Jahre zurück und bedrohe die erreichte Stabilität des freien Deutschlands.

Der Abgeordnete sprach sich dafür aus, die deutsche Vietnam-Hilfe nicht nur auf

Marx bedauerte, daß die Probleme der militärischen Verteidigung von einem Teil der Bevölkerung nicht mehr ernst genug genommen würden. Obwohl die letzten Herbstmanöver der Zone in Thüringen den aggressiven Geist und eine hohe Schlagkraft der kommunistischen Truppen bewiesen hätten, sei das Bewußtsein einer kommunistischen Bedrohung im Schwanden. Marx rechnet sogar mit dem Wiederaufleben des kalten Krieges.

An der Tagung, die von Prinz Ferdinand zu Schleswig-Holstein geleitet wurde, nahm u. a. auch der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag, Staatsrat Mentzel, teil.

132 Opfer des Schießbefehls

Seit dem Bau der Schandmauer sind 132 Menschen bei Fluchtversuchen in der freien Teil Berlins und in die Bundesrepublik von sowjetzonalen Grenzwachtern erschossen worden. Seit dieser Zeit sind bei den Bundesnotaufnahmestellen über 180 000 Bewohner Mitteleuropas registriert worden. Seit Beginn des Notaufnahmeverfahrens sind rund 2,9 Millionen Menschen in die Bundesrepublik gekommen.